

Ercheit täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Abend 10 1/2 Uhr.
Sonderdruck der Redaction:
Dienstag 10 - 12 Uhr.
Mittwoch 4 - 6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15.500.

Zustimmung durch den
Leipziger Stadtrat
den 15. Decem. 1878
Der Redaction
Dr. Georgi.

№ 349.

Sonntag den 15. December 1878.

72. Jahrgang.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 18. December a. c. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerhalle.

Tagessordnung:

1. Gutachten des Bau- und bez. Oekonomik-Ausschusses über a. die Conten 10, 13, 15, 25, 30, 31 bez. 32 und 36 des nächsthierigen Budgets; b. die Vertheilung öffentlicher Brunnen in der Nordvorstadt; c. Erweiterung der Wasserleitungsanlagen in der Weichenstraße.
2. Gutachten des Bau-, Oekonomik- und Finanz-Ausschusses über a. den Verkauf der Angermühle; b. das Abkommen mit Herrn Schramm wegen Herstellung der Hartortstraße.
3. Gutachten des Oekonomik-Ausschusses über a. die Budgets des Schamies, der Stadtbibliothek, des Leibzweiges und der Sparcasse, sowie des Lagerhofes pro 1879; b. die Weiterverpachtung des Leipziger Anwesens; c. die Uebertragung einer im vorigen Rechnungsjahre erpachten Wohnung des Leipziger Anwesens; d. die Uebertragung einer im vorigen Rechnungsjahre erpachten Wohnung des Leipziger Anwesens.
4. Gutachten des Oekonomik-Ausschusses über a. die Conten 8, 10 und 28 des Haushaltsplans für 1879; b. die Vertheilung des Rathes in der Waterclosetfrage.
5. Gutachten des Schul-Ausschusses über a. das Budget der Volksschulen pro 1879; b. die Erklärung des Rathes auf den Antrag wegen Ständemachung verbinder Hochlehrer.

Bekanntmachung,

Die Anmeldung Militairpflichtiger in die Recrutions-Stammrolle betreffend.
Nach der deutschen Wehordnung vom 28. September 1876, sind für jeden Ort Bezirke aller Militairpflichtigen (Recrutions-Kommanden) zu führen und es liegt für die Stadt Leipzig die Führung dieser Stammrollen der unterzeichneten Behörde ob.

- Ueber die Meldepflicht zu dieser Stammrolle enthält §. 23 der gedachten Wehordnung folgende Bestimmungen:
1. Nach Beginn der Militairpflicht (d. h. nach dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der Wehrpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet) haben die Wehrpflichtigen die Pflicht, sich zur Aufnahme in die Recrutions-Stammrolle anzumelden.
 2. Diese Meldung erfolgt bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes, an welchem der Militairpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.
 3. Hat er keinen dauernden Aufenthalt, so meldet er sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes, an welchem sein, oder sofern er noch nicht selbstständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.
 4. Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt, noch einen Wohnsitz hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle, und, wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte, in welchem die Eltern oder Familienväter ihren letzten Wohnsitz hatten.
 5. Bei der Anmeldung zur Stammrolle ist das Geburtszeugnis*) vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort selbst erfolgt.
 6. Sind Militairpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. 2 zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdiener, aus der Befreiung, Seereise u. c.), so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehr-, Stroh- oder Fabrikherren die Verpfichtung, für die Stammrolle anzumelden.
 7. Die Anmeldung zur Stammrolle ist in der vorkommend vorgezeichneten Weise seitens der Militairpflichtigen so lange alljährlich zu wiederholen, bis eine endgültige Entscheidung über die Dienstpflicht durch die Erfassungsbehörden erfolgt ist.

*) Diese Geburtszeugnisse sind kostenfrei zu erteilen.

England und Russland.

London, 10. December. Das Cabinet Beaconsfield triumphirt auf der ganzen Linie. Die Debatten der letzten Woche haben die Spaltungen unter den Liberalen und die schwankende Haltung ihrer Führer vollständig bloßgelegt. Der erste Erfolg der englischen Truppen in Afghanistan läßt die Missionen in Bezug auf den Berliner Vertrag in Bergessenheit geraten. Von Seiten Russlands empfangt man hier nichts als die freundlichstlichen und friedlichsten Versicherungen. Graf Schumaloff erklärt hier in einem Briefe, daß Russland nichts auf sich und seinen wirklichen Durchführungen komme. Er weist aber gleichzeitig darauf hin, daß die illoyale Politik der Pforte doch alleinige und einzige Dornen für die Erfüllung dieses Wunsches sei. Consequentermaßen giebt Graf Schumaloff zu verstehen, daß, wenn England seinen Einfluß in Konstantinopel geltend machen wolle, um die Regierung des Sultans zu einer verlässlicheren und entgegenkommenderen Haltung zu bestimmen, die Klärung des türkischen Gebietes von den russischen Truppen wahrhaftlich noch vor dem vertagsmäßig festgesetzten Zeitpunkt stattfinden müßte. Die Sprache und Ausführungen Schumaloffs sind, wie positiv versichert werden kann, von Lord Salisbury gebührend gewürdigt worden und es ist Thatsache, daß das Cabinet von St. James seitdem seinen Einfluß im Sinne der geltend gemachten russischen Erwägungen in Konstantinopel sichtbar machte.

Was Afghanistan betrifft, drückt sich Graf Schumaloff bezüglich der englischen Pläne keineswegs mißtraulich aus; es ist aber unabweislich, daß er sich in den dreiseitigen Regierungsgesprächen in vertraulicher Weise dahin hat vernehmen lassen, daß für den Fall, als England seine Grenze in Asien weiter hinausrücken würde, Russland sich zur Wahrung seines Besten als asiatische Macht gezwungen sehen würde, seine Rechte bis ins Letzte vorzudringen. Es ist Thatsache, daß Schumaloff in Bezug auf diese Angelegenheit mit Transaktion-Verhältnissen in diesem Sinne am Lord Salisbury verhandelt ist. Dürft hat Graf Schumaloff keinerlei Erfolg in dieser Richtung zu verzeichnen und ist das Cabinet Beaconsfield stützlich bestrebt, so viel wie möglich jeder Verbindlichkeit in der afghanischen Frage gegen Russland aus dem Wege zu gehen. Gleichwohl ist zu bemerken, daß Lord Salisbury persönlich den vom Grafen Schumaloff in dieser Angelegenheit entwickelten Anschauungen keineswegs ganz abhold ist. Derselbe hat, wie man hier weiß, das russische Gouvernement sich bereit, bei Schir Ali gegen die Fortsetzung des Krieges zu wirken, dessen voraussetz-

lich ungünstiger Ausgang nicht bloß für den Emir verhängnisvoll werden dürfte, sondern auch indirect der russischen Herrschaft in Central-Asien eine schwere Schlappe beibringen würde. In unseren offiziellen Kreisen gelangt man denn auch immer mehr zur Ueberzeugung, daß der Krieg sich kaum sehr in die Länge ziehen werde. Wenn Schir Ali fortfährt, jede Rücksichtlosigkeit zu verweigern, so wird er entthront werden.

In Bezug auf die Politik, welche nach Beendigung des Krieges zu befolgen wäre, giebt es hier gewaltige Meinungs-Unterschiede.

Von einer Seite wird als die alleinige reelle Lösung aller Schwierigkeiten die Annexion von ganz Afghanistan und der Abschluß eines Uebereinkommens mit Russland bezeichnet, nach welchem beide Mächte als asiatische Grenzschutzmächte einander bestehen könnten.

Eine andere Partei unter den englischen Politikern verporredirt durchaus jedwede unmittelbare Annexion und will aus Afghanistan einfach ein Vasallenland der indischen Regierung, etwa wie Kaschmir, machen.

Zwischen diesen beiden Anschauungen giebt es eine dritte Strömung, deren Anschauungen wahrscheinlich von unserer Regierung angenommen werden dürften.

Diese Partei dringt darauf, daß England einen Residenten in Kabul und politische Agenten in den anderen hervorragenden Städten des Landes unterhalte, daß die strategischen Punkte von Datta, am Ausgange des Khyber-Passes, von Dajarnas im Noord-Khyber-Passe und von Kandahar permanent von englischen Garnisonen besetzt bleiben, und daß schließlich die Verbindungen mit Hindostan durch Subsidien an die Gebirgsstämme an der Grenze und durch ein Crappen-System gesichert werden.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 14. December.

Das Auftreten des Ministers Fall' in der Mittwochssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat im Hause selbst wie außerhalb den beständigsten Eindruck von der Festigkeit seiner Stellung erweckt. Wie die hauptsächlich von ihm verhandelte Sache, steht offenbar auch er als ihr Träger vollkommen unerschütterlich da. Im ganzen deutschen Lande wird darüber eben so viel Freude sein wie über die Gewissheit, daß keine Gefahr vorhanden ist, der Staat werde der römischen Kirche gegenüber jemals wieder wie vor vierzig Jahren den Kuth verlieren und sich selbst aufgeben. Der Cultusminister genießt notorisch ebenso lebhafter wie weitverbreiteter Sympathien, und zwar gerade wegen seiner Haltung in dem sog.

Culturkampf. Die treuen Anhänger des Staats in dem schwebenden Kampfe würden in seinem bloßen Rücktritt schockiert, gleichviel unter welchen Umständen und mit welchem Nachfolger, einen gewissen Abbruch an der Position des Staats erleiden. Es ist schließlich kein Grund ersichtlich, einen Mann seiner Art etwa „der Wiederherstellung des inneren Friedens zu opfern.“ Er ist ja kein bloßer Fechter, der gut wäre für die Tage des Streites, unbrauchbar zu freundlicheren Geschäften; er hat nicht mehr gethan, als was sein Monarch, was der tonangebende Staatsmann, was die Mehrheit der Landesvertretung und die herrschende öffentliche Stimme von ihm erwarteten oder verlangten mit der Selbstständigkeit eines Mannes, der sich nicht durch den Druck der Umstände beugen läßt.

Was sollte denn da sein Rücktritt bedeuten, solange kein Wechsel in der von ihm vertretenen Politik erfolgt? Im Falle würde derselbe sicher vielfach und lange mißverstanden werden; der Gegenseite aber kann wahrhaft doch auch nur mit dem einen oder anderen sachlichen Zugeständnis gebiet sein, nicht mit einem in der Sache nichts ändernden Personenwechsel. Im Gegentheil, Minister Fall's Bleiben im Amte nach dem hoffentlich bald bevorstehenden wärtigen Friedensschlusse gewährt beiden Seiten die Versicherung, daß jedenfalls aus unerfahrener Anhänglichkeit weder zu viel noch zu wenig in der dann einzuschlagenden veränderten Richtung gesehen wird.

Die letzten Nachrichten aus Darmstadt lauten sehr betrübend für das Land und für die Fürstnfamilie. Der Telegraph meldet: Darmstadt, 13. December. Bulletin von 9 Uhr Morgens. Nachdem in den letzten Tagen die Erbkrankheit der Erbprinzessin von Frau Großherzogin immer härter hervorgetreten war, ist der Zustand heute im höchsten Grade desorgnirter. Unter aermaliger Steigerung des Fiebers ist heute Morgen auch der Schlaf in Mitleidenhaft gesunken worden.

Darmstadt, 13. December. Nach dem heute um 3 Uhr Nachmittag ausgegebenen Bulletin ist der Zustand der Frau Großherzogin noch immer andauernd ein in hohem Grade desorgnirter.

Der neue Großherzog entwickelt eine sicherste Thätigkeit. Es finden fortgesetzt Ministerberatungen in Konstantinopel statt, der Ort über die einzuführenden Reformen wird nächste Woche erwartet. Für die Beratungen der Fragen der auswärtigen Politik wird die Ankunft des neuen Ministers des Auswärtigen, Karatheodorov Pascha, abgewartet; indes hat der Minister rath den Beschluß des früheren Cabinets, betreffend die Ernennung von Delegirten für die griechische

Grenzregulierung genehmigt. In Bezug auf die mit Oesterreich und Russland schwebenden Fragen bestehen noch erhebliche Schwierigkeiten. Der russische Botschafter, Fürst Lobanoff, hat die sofortige Klärung eines Theiles von Rumelien in Aussicht gestellt, sobald der Vertrag zwischen Russland und der Türkei unterzeichnet worden sei. Der kaiserliche Hof, welcher das Großherzogin an Heredbin Pascha überträgt, hat folgenden Wortlaut:

Mein erlauchter Bruder, oder Heredbin Pascha! Die Einführung gewisser Reformen in unserem Ministerium läßt Personenveränderungen als notwendig erscheinen. Den Völkern des Großherzogthums ist die Abreise des Fürsten an und ... (hier folgen die übrigen Ernennungen). Es ist unser dringender Wunsch, daß unsere hohe Pforte so bald wie möglich zur Ausführung aller derjenigen Vorhaben schreite, welche nöthig sind, um die Folgen der aus dem Kriege herrührenden Schwierigkeiten zu beseitigen und das Land sofort und in vollem Umfang der Wohlthaten der Ruhe und aller durch die Verhältnisse gebotenen neuen Einführungen erfreuen zu lassen. In kurzer Zeit wird Ihnen ein anderer kaiserlicher Hof vorgelegt werden, welcher unsere Wünsche betrifft sofortiger Ausführung derjenigen Vorhaben enthält, die augenblicklich auf der hohen Pforte den gemeinsamen Beratungen unterliegen. Inzwischen wollen Sie im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern des Cabinets schleunigst alle in dieser Beziehung notwendigen vorbereitenden Vorarbeiten treffen. Wäge der Allmächtige unsern Streben den Erfolg verleihe.

Dem Benehmen nach entsammt das trotz seiner gewundenen Phrasen eigentlich fast inhaltslose Schriftstück der Feder von Osman Pascha Schwager, Rifa Bey, jetzt erster Secretair des Großherzogs. Richtiglich berührt es, daß die Thätigkeit des Großherzogs selbst nicht, wie Dies sonst herkömmlich ist, in irgend einer Weise lobende Erwähnung geschah.

So arm Montenegro auch ist, so war es doch stets durch besondere Einnahmequellen vor brückender Noth geschützt. Der Fürst Nikita (sprich Nikita) bezog eine Pension von Russland, das Volk entrichtete die allerdingens minimalen Steuern, welche ihm auferlegt wurden, mit Pünktlichkeit. Man haben sich die Dinge total geändert. Der St. Petersburgscher Hof übersieht nun noch geringe Summen, die nicht einmal andreichen, die noch heute auf montenegrinischem Boden weilenden Flüchtlinge aus dem Sanbshale von Rovi-Bazar, deren Zahl über 5000 beträgt, zu erhalten. Für die noch immer auf Kriegsfuß stehenden montenegrinischen Bataillone braucht der Kriegsminister Plamenatz 5000 Stüd Ducaten monatlich, wenn die Leute nicht an Alternothwendigsten Mangel leiden sollen. Die primitive Verwaltung erfordert auch über 2000 Ducaten mo-